

Kapitalbildung

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

67. Jahrgang

Berlin, den 2. Februar 1929

Nummer 10

Bezugspreis 1 M. monatlich, nur Postbezug. Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto. Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreißundstr. 5

Kapitalbildung von unten

Für das abgelaufene Jahr 1928 wird allgemein angenommen, daß die Kapitalbildung sich ungefähr in den Grenzen des vergangenen Jahres hielt, sie wurde von verschiedenen Seiten auf etwa 9 Milliarden Mark geschätzt. Da ein sehr großer Teil der Kapitalbildung — vielleicht die Hälfte — auf die Gewinne entfällt, die nicht verteilt wurden, sondern bei den Unternehmungen blieben und für deren Zwecke verwendet wurden, diese Gewinne aber in den Bilanzen nicht erscheinen, so stößt die Schätzung der Kapitalbildung schon aus diesem Grunde auf große Schwierigkeiten. Schätzt man nun die Kapitalbildung des vergangenen Jahres auf 9 Milliarden Mark, so ist der Anteil der Kapitalbildung von unten an der gesamten Kapitalbildung außerordentlich groß. Der Zuwachs der Spargeelder bei den Sparkassen (nach Abzug der Abhebungen) betrug in den ersten elf Monaten 1928 2048 Millionen Mark, im vierten Reparationsjahr 2101 Millionen. Dies bedeutet, daß der Zuwachs der Spareinlagen 1928 doppelt so hoch war als im Durchschnitt der letzten fünf Vorkriegsjahre, was um so auffälliger ist, weil in der Vorkriegszeit der Einlagezuwachs etwa zu 50 Proz. aus den nicht abgehobenen Zinsen der früheren Sparkasseneinlagen herührte, während gegenwärtig die Zinsen für den Einlagezuwachs nur zu 10 bis 15 Proz. verantwortlich sind. Wenn auch der Einlagebestand und die auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Einlagen heute noch kaum ein Drittel des Vorkriegsstandes ausmachen, so ist das Tempo der Sparbildung, die erst seit der Stabilisierung der Mark begann, ein außerordentlich rasches.

Sinzu kommt die Kapitalbildung durch die Sozialversicherungsanstalten, deren Einnahmen erheblich höher sind als ihre Ausgaben, und die zur Erfüllung ihrer Aufgaben Vermögen sammeln. Im Jahre 1927 war der Anlagezuwachs bei der Sozialversicherung 624 Millionen Mark. Für 1928 ist die Statistik noch nicht veröffentlicht. Der Anlagezuwachs bei der privaten Lebensversicherung liegt in den ersten zehn Monaten 1928 um etwa 250 Millionen Mark. Die Sparkasseneinlagen werden vom Mittelstand und von den Angestellten und Arbeitern aufgebracht. Die Vermögensbildung in der Sozialversicherung kann ebenfalls als eine Art der Kapitalbildung von unten betrachtet werden, weil die für Sozialversicherung abgeführten Beträge mit Recht als Lohnabzug aufzufassen sind, die durch Zuleitung an die Sozialversicherung zwangsmäßig erspart werden; endlich entfällt ein beträchtlicher Teil der privaten Lebensversicherungen auf die wenig kaufkräftigen oder aber heillosen Volksschichten.

Auf diese Weise kann man den Anteil, der auf die Kapitalbildung von unten entfällt, auf etwa ein Drittel der gesamten Kapitalbildung von 9 Milliarden Mark veranschlagen. Freilich läßt es sich nicht feststellen, inwieweit die Sparkasseneinlagen wie die Versicherungs Sparnisse der Arbeiter darstellen. Der Vergleich der Sparkasseneinlagen der Vorkriegszeit mit den Haushaltungssparnissen ergab damals einen nur schwachen Anteil, etwa 10 Proz. der Arbeiterersparnisse an den gesamten Sparkasseneinlagen. Das übrige entfiel auf Beamte, freie Berufe und den gewerblichen Mittelstand. Doch wird gegenwärtig die Ersparnisbildung bei den Arbeitern in ihrem Tempo stark gefördert durch die Angst vor der Arbeitslosigkeit und durch das Bestreben, den Verlust früherer Ersparnisse infolge der Geldentwertung einzufangen. Deshalb wird auf Kosten der Lebenshaltung viel gespart. Die starke Zunahme der Kapitalbildung von unten ist sehr erfreulich, nicht nur aus sozialen, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Gründen. Die bei den Sparkassen ersparten Beträge fließen ebenso in die Produktion und dienen für die Erweiterung der Produktionsgrundlagen, wie die Kapitalien, die aus Profitten bei den Unternehmungen entstehen. Während aber die letzteren häufig Gewinne darstellen, die zu Festanlagen, übermäßiger Ausdehnung der eigenen Unternehmungen, kostspieligen Kauf von andern Unternehmungen und Kartellquoten verleiten, wird eine solche Verschwendung bei den Sparkassengebern nicht vorkommen, zumal diese bei dem heutigen hohen Zinsfuß die Kreditnehmer vor unüberlegten Anlagen zurückhalten. Des weiteren werden die Gelder der Sparkassen, Sozialversicherung und Lebensversicherung vor allen Dingen zur Finanzierung des Wohnungsbaues herangezogen; ohne diese Gelder könnten die für Wohnbauzwecke benötigten riesigen

Summen — in den letzten zwei Jahren jeweils drei Milliarden Mark — nicht beschafft werden, zumal die Aufnahme von Auslandsanleihen für Wohnungsbau bisher verhinbert wurde. Endlich aber können die Sparkasseneinlagen auch zur Erleichterung der Absatzkrise, die infolge der Verminderung des Beschäftigungsgrades entstehen, beitragen. In Perioden der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit werden jene Ersparnisse z. T. abgehoben und zur Steigerung des persönlichen Verbrauchs verwendet. Volkswirtschaftlich bedeutet das die Überleitung von Kaufkraft von den Produktionsmitteln — in die Verbrauchsgüterindustrie und in den Handel. Die Arbeitslosenunterstützung, welche im wesentlichen demselben Zweck dient, führt infolge ihrer niedrigen Bemessung den Arbeitslosen Kaufkraft nur insoweit zu, daß sie die dringendsten Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere Lebensmittel, kaufen können. Deshalb kann die Stärkung der Kaufkraft der letzten Verbraucher durch Abhebung von Sparkassengebern in Zeiten der Arbeitslosigkeit den Absatz gerade von Industrierartikeln, die den Gegenstand eines nicht starren, sondern von den Schwankungen der Kaufkraft stark beeinflussten Bedarfs bilden, erhöhen. Aus diesem Grunde ist also die Kapitalbildung von unten nicht nur aus sozialen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen von großer Bedeutung. Soll der Zuwachs an Sparkasseneinlagen auch in Zukunft anbauern und in steigendem Umfang von Arbeitern bestritten werden, so erfordert dies eine Lohnpolitik, die den Arbeitern die Zurücklegung von Ersparnissen ermöglicht.

In der viel umstrittenen Frage des Zusammenhanges von Lohnhöhe und Kapitalbildung erschien in der letzten Nummer der „Wirtschaftskurve“ ein bedeutsamer Beitrag von Dr. Altschul, Frankfurt a. M., der der einseitigen Auffassung von der Schädlichkeit hoher Löhne, die eine gewisse Unternehmerrationie immer wieder vorzutragen pflegt, einen bösen Schlag versetzt. Mit Recht weist Dr. Altschul darauf hin, daß Lohnsteigerungen nur dann der Kapitalbildung gefährlich werden würden, wenn alle andern wirtschaftlichen Bedingungen unverändert blieben. Tatsächlich bedeuten aber hohe Löhne einen starken Zwang zur Rationalisierung und Durchführung des technischen Fortschritts, so daß die gesteigerte Produktivität auf die Dauer auch eine gesteigerte Kapitalbildung zur Folge haben müßte. Wären die Löhne im Krisenjahr 1925 stärker und rascher als es geschah, gekentkt worden, dann hätte die Gütererzeugung in den Jahren 1926 bis 1928 nicht im entferntesten das erreichte Ausmaß erlangen können, eben weil die Rationalisierung in viel langsamerem Tempo erfolgt wäre. Auch die andre Viefweisung Altschuls, daß durch Druck auf das Lohnniveau der technische Fortschritt gebremst und damit die Produktivitätssteigerung hintangehalten werde, was auf die Dauer neben einer Verringerung der Kapitalbildung zu internationaler Wettbewerbsunfähigkeit führen würde, ist hier von Bedeutung. Selbstverständlich gibt es auch in der Lohnsteigerung eine Grenze oder jedenfalls einen Punkt, bei dem der Lohn mit der größten Rentabilität und Kapitalbildung zusammenfällt. Ob man sich dieser Grenze nähert, dafür werden gewisse allgemeine Anhaltspunkte, wie Zinshöhe, Stand der Arbeitslosigkeit, Konjunktursicheren usw., herangezogen werden müssen. Bis diese Grenze erreicht wird, sind hohe Löhne die beste Grundlage für eine beschleunigte Kapitalbildung, wofür die Kapitalbildung in den fortgeschrittenen Ländern der schlagende Beweis ist: die Löhne sind hier höher und die Kapitalbildung viel größer als in den rückständigen Ländern mit niedrigen Löhnen (vgl. beispielsweise England und Rußland in der Vorkriegszeit). Wwf.

„Moderne“ Sehmashinen?

Jetzt liest man so oft, auch im „Ror.“: „Viele Druckereien haben ihre alten Sehmashinen abgekauft und neue, „moderne“ Maschinen sind eingezogen.“ Als alter Maschinenbesitzer verstehe ich unter einer modernen Maschine eine Maschine, an der man mehr und qualitativ bessere Zeiten liefern kann als an einer alten, angeblich unmodernen Sehmashine. Aber das ist in der Praxis nicht der Fall. Das muß einmal gesagt und gehörig unterstrichen werden. Alle Verbesserungen und Neuerungen geschehen und sind bis jetzt gegangen auf Kosten des die Maschine Bedienenden. Immer mehr Hebel, Hebelchen, Federn,

Sägen usw. werden an den Maschinen angebracht. Nach Ansicht der Sehmashinenfabriken leistungsverbessernd, aber in der Praxis leistungserfordernd. Ein Maschinenbesitzer mit reicher Erfahrung hat seine Not, sich damit zurechtzufinden.

Unsere Prinzipale verlangen nun an diesen modernen Maschinen (Drei-, Vierbeder der Linotype, Mizer der Interzette, DD-Taster der Monotype, U-Typograph) dieselben tariflichen Leistungen wie an den einfachen alten Maschinen. Dagegen muß bei den nächsten Tarifverhandlungen ganz energig Front gemacht werden. Die Leistungen, die man wohl stündlich, aber nicht im Durchschnitt erreichen kann, müssen herabgesetzt werden. Es ist nicht zu viel gesagt, zu behaupten, daß es nur wenige Maschinenbesitzer gibt, die die tariflich festgelegten Leistungen im Durchschnitt, wohlgemerkt: im Durchschnitt, Wochenleistung durch 48, für immer erreichen. Und dann geht es meistens noch auf Kosten der Gesundheit des Setzers, der Maschine und der Qualität des Satzes.

Was ist denn nun aber an den Sehmashinen modernisiert worden? Die Sätzechnik! Der Gießvorgang, der die einwandfreie Beschaffenheit des Zeilenproduktes gewährleisten soll, ist derselbe geblieben. Solange nun eine Sehmashine nicht für eine genaue typographische Gleichmäßigkeit des Zeilenkörpers für längere Zeit ohne menschliche Hilfe garantieren kann, so lange kann von einer Modernisierung keine Rede sein. Stellt sich das Produkt des Hauptfaktors dar, weil es weiter verarbeitet werden muß. Stimmt anfangs das typographische Maß, so tritt nach einiger Zeit doch wieder Ungleichmäßigkeit auf, verursacht durch den noch sehr verbesserungsbedürftigen Gießmechanismus dieser Maschinen. Warum wird hier der Hebel seitens der Sehmashinenfabriken nicht angelegt?

Auf der „Pressa“ in Köln suchte ich eine moderne Sehmashine, die folgende Eigenschaften aufweisen sollte: preisfreie Satz auf lange Sicht, VBerierung eines einwandfreien, genau typographischen Zeilenkörpers. Aber leider wurde ich in meinen Hoffnungen getäuscht. Die Mergenthaler Sehmashinenfabrik stellte allein etwa zwölf verschiedene Modelle aus, verschoben in der Sätzechnik, aber der Gießmechanismus war bei allen „zwei“ Modellen, auch bei der Multi-Dea, die als „Königin der Sehmashinen“ angesehen wurde, war genau noch so wie nun vor mehr als dreißig Jahren, keine Verbesserung war zu sehen. Die Interzette baute auch auf demselben Gießvorgang auf. Sie brachte 44 Verbesserungen der Sätzechnik gegenüber der Linotype. Bei einzelnen Handierungen an der Maschine (vergl. „Interzette in Wort und Bild“) wird hier schon mit Sekunden gerechnet. Das wenigste waren vier Sekunden. In der Praxis wollen wir zutreiben sein, wenn Minuten daraus werden. Im Berechnen wird wohl da der Wochenlaufzettel bei Sekundenarbeiten die Länge eines Handbuches einnehmen; reicht er doch jetzt manchmal kaum zu, wo er nur Quartblattgröße besitzt.

Die Typographfabrik — das muß einmal lobend gesagt werden — hat sich mehr auf die Verbesserung des Gießmechanismus und damit auf die Verbesserung des Zeilenproduktes gelegt, wenn der „Typograph“ in Bezug auf die Sätzechnik auch nicht mit den andern Systemen Schritt gehalten hat. Seit Bestehen der Maschine ist der Gießmechanismus am Typograph dreimal und die Gießformen wohl mehrere Male verbessert worden, so daß er jetzt Kompletzgleichzeitigkeit mit Wasserführung besitzt. Er leistet, bzw. man kann an ihm weniger leisten als an den andern Sehmashinen, aber das Produkt ist besser, darüber besteht kein Zweifel. Für den Buchdruckerbesitzer, der viel vom Satz druckt und der etwas auf Qualität steht, ist dies ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Eine Sehmashine Mergenthalers Idee, vereinigt mit dem Gießvorgang der Typographmaschine wäre zurzeit die gegebene modernste Sehmashine. Aber dies läßt sich wohl nie verwirklichen, und somit haben wir auch noch keine Sehmashine, die die Eigenschaften, modern zu sein, sich zulegen kann. Auch die vor kurzer Zeit bei „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ beigelegte Broschüre der Mergenthaler Sehmashinenfabrik: „Was mancher nicht weiß oder vergessen hat“, erwähnt wohl verschiedene Verbesserungen, aber von einer Umgestaltung bzw. Verbesserung des Gießmechanismus wird nichts erwähnt.

Wie schön wäre es, wenn wir Maschinenbesitzer unsern Maschinenfabrikanten verarbeiten den Sanbseherkollegen genau systematische Zeiten zur Weiterverarbeitung immer produzieren könnten, damit sie bei der Justierung nicht zu

allerhand Notbehelfen, wie Zwischenlegen von Kartonspänen usw., greifen müssen. Zeilen, die oben oder unten breiter oder an den Seiten Differenzen aufweisen, kommen so oft in der Praxis vor. Viele Drucker, die Zeilen vom Satz drucken müssen, können davon manches Leid sinnen. Würden alle Metzeure usw. die Zeit, die sie zum Zurechtmachen von schleimig oder sonstigem Maschinensatz benötigen, auf das Konto Maschinenfabrikverarbeitung legen, so würde dies auf Kosten des Maschinenfabrikanten gehen. Der Maschinenfabrikant würde dann teurer zu stehen kommen, und mancher Buchdruckerbesitzer, der dies und noch die sonstigen Unkosten, die der Maschinenfabrik verursacht, in Betracht zieht und etwas auf Qualität sieht, würde sich wohl nicht mehr zu einer Erneuerung seiner Schmalzmaschine entschließen. Die schlechten Eigenschaften des Zeilengusses würden noch sehr viel mehr sich bemerkbar machen, wenn noch mehr vom Satz gedruckt werden würde. Aber so haben es die Schmalzmaschinenfabriken nicht nötig, den Gleichmechanismus ihrer Maschinen zu verbessern.

Meines Erachtens sollten die Schmalzmaschinenfabriken den Guss von Großgeschleifsteinen, Ausschlußmaterial, Linien usw. den Schriftgießereien überlassen. Man kann es machen; aber es entspricht doch nicht den durch die immerwährende Neuananschaffung von Matrizen entstehenden Kosten. Wieviel Schriftgießereimaterial kann sich der Unternehmer z. B. für das Geld kaufen, was er für eine Großgeschleif- und Ausschlußmaterialguss-Anlage an der Monotypie anwenden muß? Und so fällt die Qualität doch nicht aus wie das von den Schriftgießereien bezogene Material.

Die Maschinenfabriken müssen nun fordern: 1. von den Schmalzmaschinenfabriken; Verwendung von nur gutem Material für die Matrizen, damit preisfreier Satz auf lange Zeit gewährleistet ist; Verbesserung des Gleichmechanismus derart, daß der Guss eines genau typographischen Produktes ohne große Umstände für immer erzielt werden kann; 2. bei den Tarifverhandlungen, die früher oder später doch stattfinden, fordern, daß die Leistungen für alle, ob neue oder alte Systeme herabgesetzt werden, damit sie jeder Maschinenfabriker im Durchschnitt erreichen und für immer leisten kann. W. R.

Zu 100 Proz. organisiert!

Diese ehrenvolle Überschrift kann der Leipziger Korrespondenz am Schlusse des Jahres 1928 für sich buchen. Dank der außerordentlichen Rührigkeit seines Vorstandes sind sämtliche Verbands-Korrespondenten in der Sparte organisiert. Diese Geschlossenheit macht sich in recht angenehmer Weise bemerkbar. Es seien u. a. nur genannt: Erhaltung der erzielten Leistungszugaben und fühlbare Verbesserung derselben; Kampf gegen die „Gelegenheitsarbeiter“ (Außenleiter); Aussprache über alle beruflichen Fragen; gutes Zusammenarbeiten mit der Handwerkerpartei u. a. m. Jede Versammlung hatte immer ein gut besuchtes Haus aufzuweisen. Aber darüber hinaus tat der Vorstand noch ein Ubriges: Um den Mangel an Korrespondenten abzuheben, leitete der Vorsitzende Rechtschreibkurse, um den Seherkollegen Gelegenheit zu geben, sich für den Korrespondenzschmel vorzubereiten. Diese Kurse hatten 1928 einen vollen Erfolg, 60 Seher konnten teils ausbilsweise und teils voll als Korrespondenten Beschäftigung finden. Wie allgemein bekannt, steht die Vermehrung der Segmalzmaschinen in keinem Verhältnis zur Zahl der Korrespondenten. Hier gibts noch ein großes Arbeitsfeld, besonders jetzt bei der hohen Arbeitslosenzahl wird die Frage akut.

Zu begrüßen war, daß die Prinzipale diesen Nachschub dankbar aufnahmen, ein Zeichen, daß sie mit den „Außenleitern“ schlechte Erfahrungen gemacht haben müssen, oder der „Wind hat sich etwas gedreht“. Die Arbeitsgerichte stellen sich nämlich auf den vernünftigen Standpunkt, wo er für eine Buchdruckerarbeit ist, muß auch in a d e m Buchdruckertarif bezahlt werden. Und das trifft hier ganz besonders auf die Außer-dem-Hause-Lebenden zu. Sie alle haben Anspruch auf das Korrespondenten-Mum. Das Landesarbeitsgericht Leipzig hat sämtliche Wozbuch-Korrespondenten, durchweg Nichtfachleute, das Korrespondenten-Mum zugesprochen, und die Firma muß das zu wenig Bezahlte reiflos nachzahlen. Diesen guten Erfolg haben die armen Schüler, die mit 5 M. pro Tag sich erst abquälten, dem Verband und der Sparte zu verdanken. Das ist nebenbei noch eine derbe Preche in die ewige Schmutzkonkurrenz der Prinzipale. Haltet alle Außenleiter an, den Tariflohn zu verlangen und zu klagen, wenn er nicht bezahlt wird. Die Prinzipale wissen genau, daß sie mit diesen „Selmarbeitern“ ständig gegen den Tarif verstoßen, der besagt, „irgendwelche Heimarbeit ist unzulässig“, und aus diesem Grunde waren auch die Vertreter der Unternehmer vor dem Leipziger Gericht reiflos auf Seiten der Gefälligen zu suchen. Die Ausreden der besagten Firma, ihre Drucker faste nicht unter den Tarif, fanden auf den Gefälligen der andern nur ein satztaftiges Lächeln.

Dem neuen Nachschub in der Sparte ist gutes Fortarbeiten, Vertiefen in Sprache und Rechtschreibung und in die Fachblätter, fleißiger Versammlungsbesuch zu empfehlen, denn die Arbeit beginnt jetzt erst, und bei den Kommatendern „lernt man nie aus“. Doch die Sprache bietet jedem ein ungeheuer blühendes Feld, wovon er Blumen pflücken kann je nach Bedarf, diese werden nie alle Natürlich sind mitunter auch „Disteln“ drunter; doch die Recht man nicht ins Knopfloch und macht kein Aufgebens davon. Ist das Gehirn erst gut geschult, so wird es

schon schöne Früchte tragen. Wenn es so weit, dann laßt uns alle gemeinsam kämpfen für die Kardinalforderungen der Sparte: Alle Korrekturen dürfen nur im Hause durch Fachleute gelesen werden. Infolge der gesteigerten Anforderungen (vom hehrlichen Wert bis zur Visitenkarte) ist der Korrektor der Leistung entsprechend zu bezahlen! Alles was „schläft“, möge endlich aufwachen! Leipzig.

Kongress der russischen Gewerkschaften

Vom 10. bis 28. Dezember, also zwei volle Wochen, tagte in Moskau der achte Kongress der russischen Gewerkschaften. Anwesend waren 1505 Delegierte, die sich aus 27 russischen Nationalitäten rekrutierten. Von den 1131 Delegierten mit beschließender Stimme gehörten 44 Proz. der wertmäßigen Arbeiterschaft an, dagegen 56 Proz. der besoldeten Gewerkschaftsführung. Politisch organisiert waren 72,5 Proz., parteilos waren 27,5 Proz. Des Lesens und Schreibens unkundig waren 0,9 Proz.

Die Seele des Kongresses war Tomski, der Führer und Vorsitzende des Zentralrats der Gewerkschaften. Er gab einen langen Überblick über den Stand der Gewerkschaftsbewegung und deren Strömungen, ferner über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und die Aussichten der Wirtschaft. Die Ergebnisse der Gewerkschaftsarbeit feierte er als große, in der Weltgeschichte beispiellose Erfolge, um hinterher zuzugeben, daß der Rohstoff- und Warenmangel nicht abflauen wolle, daß die Bedürfnisse der arbeitenden Massen nur zum Teil befriedigt werden könnten, daß die Industrialisierung des Landes nur langsam vorschreite und die Ernährung der Bevölkerung durch die Landwirtschaft nur trübe Aussichten gestalte. Das für die gläubigen Massen immer noch zugkräftige Schreckgespenst des neuen Weltkrieges gegen Rußland seitens der kapitalistischen Länder malte Tomski wieder erfolgreich an die Wand, weshalb gegen reaktionäre Anschläge von innen und außen, gegen den „Rop“mann in der Stadt, den Großbauern im Dorf, den Popen, den ehemaligen General, Gutsbesitzer und Fabrikanten der rücksichtslose Kampf geführt werden müsse. Derselbe Kampf sei notwendig gegen den großen kulturellen Rückstand der Volksmassen, gegen die technische Armut und Schlämigkeit, vor allem aber gegen das bürokratische Durcheinander, das den wirtschaftlichen und staatlichen Organismus wie eine Krebsstranhheit zersesse.

Als Schandfleck und Eiterbeule bezeichnete Tomski die zahlreichen Fälle von Unterschlagungen der Verbandsgehälter. Allein im ersten Halbjahr 1928 betrug die unterschlagene Summe nicht weniger als 442 766 Rubel. Das sei nur die Summe, die zur öffentlichen Kenntnis genommen werden konnte. Die geheim gebliebenen Unterschlagungen seien ebenfalls mit einer ansehnlichen Summe zu bewerten. „Wo wird gestohlen?“ fragt Tomski: „Im Betriebsrat, in den Unterstufungsstellen, im Arbeiterklub, in den Zählstellen, Bezirks- und Gaukassen. Wer hat gestohlen? Ich muß leider gestehen: an erster Stelle die Vorsitzenden. Wie verteilen sich die Unterschlagungen auf die politische Eingruppierung der Defraudanten? Man kann sagen, fast gleichmäßig stehen Parteilohe wie Kommunisten, Jugendbündler wie solche, die unbekannt bleiben. Das Schlimmste dabei ist, daß unreife kommunistische Jugend, unsere Zukunft, unser Stolz, an den Unterschlagungen mit 12,2 Proz. beteiligt ist. Mit glühendem Eisen müssen wir deshalb diese Eiterbeule ausbrennen.“

Lojowski, der Vorsitzende der Roten Gewerkschaftsinternationale, lang Lobeshymnen auf den angeblich unaufrichtigen Vorkampf seiner Internationale in allen Ländern. Im übrigen widmete er den größeren Teil seiner Rede der Amsterdamer Internationale der freien Gewerkschaften, die er in Grund und Boden donnerte und für alle Mißerfolge der bolschewistischen Arbeiterpolitik verantwortlich machte. Zwischen den Zeilen klang sogar der Vorwurf durch, die Amsterdamer seien schuld auch am Zusammenbruch des kommunistischen Pulkes in China. Wenigstens gestattete sich der chinesische Delegierte Su die Bemerkung, die dortigen „gelben“ Gewerkschaften verdecken ihre gegenrevolutionären Ziele unter reformistischem Mantel. Eifrig in den süßen Wein der deutschen Kommunisten, nach deren Auffassung die Streiks in Deutschland als Anzeichen einer unmittelbar bevorstehenden Machtübergabe durch das Proletariat zu deuten seien, goß auch Lojowski mit der nüchternen Bemerkung, das sei noch lange nicht der Fall. Man müsse vor allem die Unorganisierten bearbeiten, denn in Amerika z. B. seien 91 Proz. der Arbeiter unorganisiert, während die letzte Ausperrung im Ruhrgebiet 64 000 organisierte, dagegen 149 000 unorganisierte Metallarbeiter ausgewiesen habe. „Wir wären sehr schlechte Politiker“, rief Lojowski, „und würden nur der alten sozialdemokratischen Tradition folgen, wollten wir die unorganisierte Masse unbeachtet lassen!“ Geistreich, gelassen ausgesprochen! Nachdem die deutschen Kommunisten durch ihr heileres Geschimpfe über „reformistischen Verrat“ Hunderttausende von Arbeitern organisationslos gemacht haben, werden sie von Wärdern Lojowski nachdrücklich ermahnt, ihr Sündenregister zu korrigieren und die sonst so gefählichen Unorganisierten wieder den Gewerkschaften zuzuführen.

Lojowski fragt, was die sogenannte Internationale der Bergarbeiter, der Metallarbeiter usw. eigentlich vorstelle. Die erste habe die englischen Bergleute zur Zeit ihres Streiks im Stich gelassen, die zweite habe die Ausperrten ebenfalls nicht unterstützt, und jede andere sei auch

nichts weiter als eine Internationale auf dem Papier oder bestenfalls eine Vereinigung zur Eintragung von ein- und ausgehenden Postfächern. Hände müßte man schreiben, um die zahllosen, in jedem kommunistischen Konventikel immer wieder vorgekauften, Verbrechen der reformistischen Gewerkschaftsbureaukraten“ richtigzustellen. Also läßt man es gewähren. Man muß sich nur wundern, warum die Rote Internationale trotz angeblichem Vorkampf und Erfolg an Terrain in England, in Norwegen und Finnland trotz eifrigen Liebeswerbens verloren hat. Das englisch-russische Komitee ist nach kurzem Leben sanft entschlafen, die Finnen und Norweger jögern schon seit neun Monaten mit der Unterzeichnung des von den Russen schon längst unterschriebenen Freundschaftsvertrags, während die Dänen und Schweden dem sich aufdrängenden Freund aus Sornjantien überhaupt mit nordischer Kälte gegenüberstehen. Das übrige Europa verhält sich ganz reserviert. Nur irgendwo in Indononesien und Südamerika sollen einige Keimzellen vorhanden sein.

Tomski, der die Amsterdamer ebenfalls zu Brei zerstampfte, präs bis zum hohen C macht und Einfluß der Roten Internationale, die mit ihren 12 Millionen Mitgliedern (die bis auf einen kleinen Bruchteil in Rußland geheimhalten sind) der Amsterdamer nicht nur ebenbürtig, sondern mit ihrem revolutionären Glanz überlegen sei. Mag es im Auslande einen Streik, eine Ausperrung geben: stets erste die Rote Internationale den Kämpfenden mit vollem Geldbeutel zu Hilfe. Die Reformisten befolgen weiter ihre Versöhnungspolitik gegenüber dem Kapital. Da sie keinen Ausweg wüßten und einen Streik bis zu seiner logischen Entwicklung nicht durchzuführen vermögen, versuchen sie, ihre Unfähigkeit dadurch zu vertuschen, daß sie möglichst schnell eine Niederlage erleiden“. Dank dieser Politik seien sie ein Teil der kapitalistischen Maschine geworden, solcherart helfend, den Kapitalismus zu stabilisieren. Ihre Politik der Halbheit, der Anbiederung, der Zerstückelung und der Umwertung bei Arbeitstämpfen gewähre dem faulenden Kapitalismus noch eine gewisse Frist zum Leben.

Da sei uns die große Anfrage erlaubt: Wo im außer-russischen Europa haben die Kommunisten einen Streik mit vollem Erfolg durchgeführt? In Kladno etwa, wo sie den tschechischen Bergleuten eine sanftläufige Niederlage mit bedeutend verschlechterten Lohn- und Arbeitsbedingungen bereiteten? Oder in Kohringen, wo die kommunistisch orientierte Bergarbeitergewerkschaft aller tariflichen Erzeugnisse verlustig ging und der Gnade des allmächtigen Grubenbesizers der Wendel ausgeliefert ist? Oder etwa auf den Leunawerken, wo sie tonangebend waren? Suchet, ihr werdet nichts finden!

Vielmehr ist die einzige Ausgabe der Roten Internationale in folgenden Sätzen niedergelegt: „Um den Einfluß der Roten Gewerkschaftsinternationale zu verstärken, muß der Kampf gegen die Sozialdemokratie und die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie verjesenft werden. Der Sieg über Reformisten und Gewerkschaftsbureaukraten macht die Bahn frei zum entscheidenden Sieg der Arbeiterklasse über den Kapitalismus.“ Nicht der Kapitalismus, sondern die Sozialdemokratie, die freien Gewerkschaften, die Klassengenossen sollen bis zur Vernichtung bekämpft werden. So will es Lojowski, der Schlachtenleiter der Moskauer Gewerkschaftsinternationale.

Die deutsche RPD. ließ ihre gewerkschaftliche Sektion durch Auer, Kramer und Overhagen vertreten. Der letztere gestattete sich die tiefsinnige Bemerkung, die reformistischen Gewerkschaftsführer verwurzeln sich immer mehr mit dem bürgerlichen Staatsapparat. Sie besetzen alle möglichen Posten — vom Arbeitsinspektor bis zum Minister. Kramer dagegen empfand sich als Wärdner für die heilige kommunistische Sache. Als Mitglied der SPD. habe er die Reife der deutschen Arbeiterdelegation nach Rußland mitgemacht. Er habe dann über alle in Rußland empfangenen vorzüglichen Eindrücke den deutschen Arbeitern Bericht erstattet. Die Folge davon sei sein Ausschuß nicht nur aus Betriebsrat und Partei, sondern auch Verlust seiner Stellung. Das charakterisierte so recht die Sozialdemokraten. Der Märchenerzähler Kramer, der natürlich gläubige Zuhörer fand, leistete sich noch den kapitalen Witz: „Überlaßt uns den Genossen Tomski mit dem ganzen Präsidium. Wir nehmen sie mit nach Deutschland, euch schicken wir im Austausch unsere Reformisten, mit denen ihr schon auf eure Art fertig werdet. Solltet ihr aber Tomski und andre zurückverlangen, dann werdet ihr sie lebend nicht wiederbringen, wir werden euch verprügeln.“

Eine unerhörte Majestätsbeleidigung vor verjammelter Mannschaft ließ sich der Armentier Mandatant geschulden kommen. Er warf der Roten Gewerkschaftsinternationale nicht mehr und nicht weniger als „gegenrevolutionäre Bestrebungen“ vor, weil das Präsidium des Gewerkschaftsrats andere Auffassungen vertrate als seine Delegation in der Internationale. Das dürfte nicht sein, beide Instanzen müßten nach einer einheitlichen Linie handeln. Wie man sieht, wuchert also der Spaltwitz schon im Gipfel und läßt dort die Gegenrevolution gedeihen. Der ungehebelte Armentier beschuldigte noch das zentrale Gewerkschaftsblatt „Rub“ irtrefführender Berichterstattung auf internationalem Gebiete. Das Blatt habe aus Anlaß der Metallarbeiterausperrung im Ruhrgebiet geschrieben, der Sieg der Kapitalisten unter Mithilfe der Reformisten sei schon gesichert, und dieser Sieg werde eine vollständige Niederlage der Arbeiter bedeuten. So zu schreiben sei unzulässig und irreführend, denn der Kampf war noch im Gange. Weiter habe das Blatt geschrieben: „Der Sieg über die

Niederlage der rheinischen Metallarbeiter wird den Sieg über die Niederlage des deutschen Proletariats auf lange Jahre hinaus bedeuten.“ Mit Recht fragt der armenische Delegierte, wofür sich verantwortliche Zeitungsschreiber das Recht nehmen, dem deutschen Proletariat eine Niederlage für lange Jahre im voraus zu garantieren.

Aus den weiteren gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Berichten ist kurz folgendes zu entnehmen: Die Zahl der Mitglieder beträgt insgesamt 11 060 000, darunter etwa 13 Proz. Frauen und 4 Proz. Jugendliche. Von den einzelnen Verbänden zählten u. a. am 1. Oktober 1928 in runden Ziffern: Landarbeiter 1 362 000, Angestellte 1 270 000, Eisenbahner 1 153 000, Metallarbeiter 971 000, Bauarbeiter 955 000, Textilarbeiter 883 000, Bildungswesen 795 000, Gesundheitswesen 548 000, Bergarbeiter 520 000, Ernährungswesen 473 000, Geträntearbeiter 315 000, Chemiarbeiter 265 000, Gemeindefarbeiter 257 000, Holzarbeiter 177 000, Transportarbeiter 178 000, Wasserarbeiter 177 000, graphische Arbeiter 130 000, Lederarbeiter 129 000, Postwesen 117 000, Zuckerarbeiter 111 000, Schneider 100 000. Die Arbeiterschaft insgesamt ist von der Organisation zu 91 Proz. erfasst. Die Mitgliedschaft beruht teils auf Zwang, teils auf der Berechnung, dadurch besseres Fortkommen und besondere Vorteile zu erzielen.

Die Löhne betragen im monatlichen Durchschnitt 66 Rbl. Den höchsten Lohn, 101 Rbl., erhalten die Gummiarbeiter, den niedrigsten, 43 Rbl., die Flachsarbeiter. Im graphischen Gewerbe beträgt der Durchschnittslohn 90 Rbl. pro Monat. Die Arbeiterinnen der Industrie verdienen durchschnittlich 54 Rbl. Seit dem siebenten Kongress 1926 beträgt die Steigerung 23 Proz., wodurch der Lohnstand der Vorkriegszeit um 27 Proz. überschritten wurde.

Sierbei ist zu vermerken, daß alle Verbrauchsartikel gegenüber den Preisen der Vorkriegszeit fast um das Doppelte teurer geworden sind, so daß die Lage des russischen Arbeiters sich kaum gebessert haben kann.

Die Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden macht nur langsame Fortschritte. Bis zum Jahre 1932 soll die Siebenstundenschicht überall eingeführt sein. Im letzten Jahre wurde sie in 28 Unternehmen mit 126 000 Arbeitern angeordnet. Dabei wurden in vielen Fällen, trotzdem es unzulässig ist, die Löhne beschnitten, z. B. im Erdölgebiet um 4 bis 6 Proz. Schwierigkeiten bietet besonders der Schichtwechsel. Bei drei Schichten innerhalb 24 Stunden bleiben drei Stunden übrig. Um sie verlustlos auszufüllen, wird vorgeschlagen, jeden Arbeiter eine Woche acht, die andre Woche sechs Stunden arbeiten zu lassen. In der Praxis werden aber diese überzähligen Stunden oft als Überstunden ausgefüllt.

Die Arbeitslosigkeit ist dauernd im Steigen begriffen. Während am 1. Oktober 1927 die Zahl der auf den Arbeitsnachweisen registrierten Arbeitslosen 1 040 000 betrug, stieg sie am 1. Oktober 1928 auf 1 374 000. Die meisten Arbeitslosen weisen auf: Getränte 41 Proz., Zucker 38 Proz., Ernährung 28 Proz., Angestellte 20 Proz., Landarbeiter 18 Proz., Transport 17 Proz., Metall 9 Proz.

Auch in Sowjetrußland gibt es noch Streiks und Konflikte bezüglich Lohn und Arbeitszeit. Die Zahl der Streiks betrug 337 in 1926 mit 32 900 Streikenden, in 1927 mit 20 100 Streikenden und 90 mit 8900 Streikenden im ersten Halbjahr 1928. Die Zahl der Konflikte, die hauptsächlich die Entlohnung betreffen, ist nicht gering. So hatten die Schlichtungsmänner z. B. im 1. Quartal 1928 insgesamt 54 113 Fälle zu schlichten, von denen 35,8 Proz. zugunsten der Arbeiter, 27,9 Proz. teilweise und 36,3 Proz. zugunsten entschieden wurden. Bei uns in Deutschland ist den Kommunisten das Schlichtungswesen ein Dorn im Auge, sie denken aber nicht daran, diesen Dorn in Rußland auszugiechen.

In bezug auf den Arbeiterlohn wurde festgestellt, daß die sanitären und technischen Verhältnisse sich nicht gebessert, sondern verschlechtert haben. So ereigneten sich im vierten Quartal 1925 auf 1000 Arbeiter 26 Unfälle, im gleichen Zeitraum 1927 dagegen 44. Insgesamt wurden 1927 in der Industrie 425 000 Unfälle mit zeitweiser oder vorübergehender Arbeitsunfähigkeit gemeldet. Die Arbeiter-schulgebote, so wurde betont, seien gut, aber deren Anwendung sei schlecht. Noch würde viel gewick überarbeitet geleistet, so besonders im Bergbau, Metall und Papier. Im vorigen Jahre seien 49 Millionen Rubel zwecks Ausbau des Arbeiterschutzes bereitgestellt worden, davon wurden 42 Millionen ihrem Zwecke zugeführt, jedoch wisse man nicht, wo der Rest geblieben sei.

In Beiträgen sind in den letzten zwei Jahren 204 Millionen Rubel eingegangen, wovon etwas über die Hälfte wieder den Mitgliedern zuzufloß. Der Rest verteilt sich auf die Verwaltung und den Vermögensbestand. Im internationalen Fonds befinden sich fast 6 Millionen Rubel, für Unterstüßungen bei Arbeitskämpfen im Auslande wurden 1 296 511 Rubel ausgegeben. Wertwüßig, daß über die Klassenverhältnisse, die doch auf den ausländischen Gewerkschaftskongressen üblicherweise als sehr wichtiger Tagesordnungspunkt betrachtet werden, kein öffentlicher Bericht gegeben wurde.

Der bürokratische Apparat wurde im Laufe der letzten zwei Jahre um 3053 Personen reduziert und zählt jetzt 21 246 besoldete Funktionäre. Der bürokratische Apparat, dessen Schwerfälligkeit für die Entwicklung der Volkswirtschaft das größte Hindernis bildet, sollte um 20 Proz. eingeschränkt werden. Dessen Beschluß wurde aber ganz ungenügend Folge geleistet, weshalb die Produktion mit viel höheren Betriebskosten zu rechnen habe als in allen andern Ländern. Für den Ausbau der gesamten Volkswirtschaft wurden 5400 Millionen Rubel bereitgestellt.

In den Diskussionen wurden seitens der Delegierten viele Klagen über Mißstände vorgebracht. Sie verlangten Abhilfe und schnelle Abnung der Übertretungen. Viel wurde auch geredet über gewerkschaftliche Demokratie und Zusammenarbeit mit den Massen der Mitglieder, die ihrerseits auch mit sachlicher Kritik nicht zurückhalten sollten. In der Praxis ist es aber so, daß die Beschlüsse der Mitgliedschaften nicht die genügende Beachtung finden. Es kommt öfter vor, daß der Verbandsfunktionär auf eigene Faust mit der Betriebsverwaltung diesen oder jenen Vertrag abschließt. Es seien genügend Fälle zu verzeichnen, wo der Beschwerdeführer Spießruten laufen müsse, schikaniert und schließlich entlassen werde. Der einzelne Arbeiter sei viel zu unbeschützt, um den Vorgesetzten wirksam entgegenzutreten zu können. Daburch schwinde sein Vertrauen zum Verband, um schließlich bei Baptisten und sonstigen Sektierern Zuflucht zu suchen. W. K a l i n o w s k i.

Das Genossenschaftswesen

Praktische Wirtschaftshilfe der Konsumgenossenschaften

Es ist bekannt, daß bei der Kleinauspernung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, welche nicht nur die betroffenen 220 000 Arbeiter mit ihren Familien schwer schädigte, sondern die ganze deutsche Volkswirtschaft zu erschüttern begann, die Konsumgenossenschaft des Auspernungsgebietes eine großzügige Hilfsaktion aus eigenen Mitteln beschlossen hat. Natürlich für die Ausgesperrten — soweit es sich um Mitglieder der Konsumgenossenschaften handelte. Und zwar wurden auf Gutheime bis zur Hälfte der ausgefallenen Unterstüßung ein besonderer Rabatt von 10 Proz. neben der üblichen Rückvergütung von 5 Proz. gewährt. D. h. also, daß über die Dauer der Auspernung die ausgesperrten Mitglieder der rheinisch-westfälischen Konsumgenossenschaften ihre Warenbedürfnisse nachschafften um

10 Proz. billiger erhielten und nach dem Geschäftsabschlusse weiter 5 Proz. Rückvergütung bekommen, so daß ein effektiver Billigerkauf von 15 Proz. gegenüber der normaler Tagespreisen zu verzeichnen ist. Diese Leistung bedeutet zweifellos einen sehr namhaften Zuschuß zur Stärkung der Widerstandskraft der Ausgesperrten, und sie zeigt vor allem, daß in der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung sozialwirtschaftliche Kräfte schummern, die bei entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit von großer Bedeutung werden können.

Man darf natürlich nicht übersehen, daß diese Kräfte aus gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erwägungen nur für die Mitglieder der in Frage kommenden Konsumgenossenschaften in Anspruch genommen werden können, und daß die regelmäßige und allgemeine Zuzugnahme der Konsumgenossenschaften bei Gewerkschaftskämpfen ihre Aufgaben und Ziele schwer beeinträchtigen müßten. Gerade die Auspernung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und die Hilfsaktion der dortigen Konsumgenossenschaften gibt ein klaßliches Beispiel dafür, in welchem Falle und in welchem Ausmaße eine Konsumgenossenschaftliche Hilfsaktion berechtigt und möglich ist. Durch eine solche umfangreiche Auspernung waren nämlich die Konsumgenossenschaften durch den plötzlichen Umsatzeinbruch selbst von einer schweren wirtschaftlichen Gefahr bedroht, und sie hatten deshalb nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, ihren Mitgliedern beizustehen. Hat doch nach der grundsätzlichen Zweckbestimmung in § 1 des Genossenschaftsgesetzes jede Genossenschaft die Förderung der Wirtschaft ihrer Mitglieder im Programm, so daß die Hilfsaktion bei der Auspernung durchaus im genossenschaftsgesetzlichen Rahmen blieb und damit nur eine natürliche Aufgabe erfüllt wurde. Ungefragt und gefährlich wäre es gewesen, wenn die Konsumgenossenschaften des Auspernungsbezirks oder gar andere Bezirke eine Hilfsaktion für die Ausgesperrten ganz allgemein eingeleitet hätten. Denn das Genossenschaftsgesetz sagt klar und deutlich in § 81, daß die Genossenschaft „andere als geschäftliche Zwecke“ nicht verfolgen darf — bei Androhung sofortiger Auflösung. Daraus ergibt sich alles Weitere von selbst.

Eine weitere Voraussetzung für eine solche Hilfsaktion im Falle einer Auspernung von Mitgliedern der Konsumgenossenschaften besteht in der soliden finanziellen und wirtschaftlichen Fundierung der Genossenschaft, ohne die eine Aktion wie die der rheinisch-westfälischen Konsumgenossenschaften gar nicht denkbar ist. Und im übrigen hat ja die Hamburger „Produktion“, der sogenannte Gewerkschaftskonsumverein unter Führung des verstorbenen Gewerkschaftsführers v. Elm, in vorbildlicher Weise gezeigt, wie die Konsumgenossenschaftliche Mitgliedschaft auch bei unvermeidlichen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit am besten nutzbar gemacht werden kann. Die „Produktion“ hat einen sogenannten Notfonds eingerichtet, welcher aus den Rückvergütungen ihrer Mitglieder gebildet ist, und von ihnen nach Maßgabe wirtschaftlicher Notwendigkeiten verwendet werden kann. Einen solchen freiwilligen Notfonds kann sich jedes einer Konsumgenossenschaft angehörende Gewerkschaftsmittglied aus der jährlichen Rückvergütung anlegen und zu gegebener Zeit nach eigenem Gutdünken und Bedürfnis verwenden. Woraus sich die Folgerung ergibt, daß Angestellte und Arbeiter ein starkes Wirtschaftsinteresse an leistungs-fähigen Konsumgenossenschaften besitzen.

Die Entwicklung genossenschaftlicher Spargroschen zum volkswirtschaftlichen Betriebskapital

Es ist eine unfeugbare Tatsache, daß Vermögen und Betriebskapital der modernen Konsumgenossenschaftsbewegung mit allen ihren wirtschaftlichen Unternehmungen

Die Arbeitskraft als „Betriebsstoff“

(Schluß.)

Aber die Grenze der Arbeitsmöglichkeit des Menschen könnte, auch wenn sie festzustellen wäre, noch kein Maßstab sein für die Berechtigung des Unternehmers, die Arbeitskraft für seine Zwecke auszunutzen. Denn der Arbeiter behält doch stets eine gewisse — wenn auch vielleicht geringe — Menge Arbeitskraft für seine privaten Bedürfnisse übrig, der Unternehmer erlangt durch den Arbeitsvertrag nur einen Anteil, aber nicht die ganze Arbeitskraft. Wie wird der Anteil an der Arbeitskraft bestimmt? Ein Versuch zu einer solchen Bestimmung ist zweifellos der Kampf um die Arbeitszeit. Doch wird die Auswertung der Arbeitskraft nicht nur gemessen an ihrer Dauer, sondern auch an der Menge ihrer Erträge — der Arbeits-ergiebigkeit. Durch eine Erhöhung der Arbeits-ergiebigkeit kann eine Verringerung der Arbeitszeit ziemlich stark ausgeglichen werden. Auch diese Ergiebigkeitssteigerung ist zweifellos nicht so leicht zu begreifen.

Der Kampf um die intensive Ausnützung der Arbeitskraft spielt — nicht wie jener um die Begrenzung der Arbeitszeit — in der Öffentlichkeit, sondern viel stärker im engen persönlichen Raume des Betriebs. Wenn der Unternehmer die Arbeitskräfte seines Betriebs in eine planmäßige Betriebsorganisation einwängt, dann versucht er, die zeitliche Begrenzung der Arbeitsleistung durch eine inhaltliche Bereicherung auszugleichen, seinen Betrieb zu rationalisieren. Er will das ihm gebührende Betriebsmittel wie jedes andere möglichst weit ausnützen. Als Vermittler dieses Betriebswillens und oft als sein Verstärker tritt dem Arbeiter der Abteilungsleiter, der Meister, der Vorarbeiter gegen-

über. Zwischen diesem und dem Arbeiter geht nun der Kampf um Menge und Güte der Arbeitsverpflichtung. Aber der Arbeiter kämpft in diesem täglichen Kleinkrieg nicht einfach um den Grad seiner Ausnützung während des Betriebsaufenthalts, sondern zugleich um die Unverletzlichkeit seines geistigen, seelischen und körperlichen Eigenlebens außerhalb des Betriebs, außerhalb seiner Arbeit. Es ist klar, daß die Beschränkung der Arbeitszeit gegen die Zerstörung dieses Eigenlebens kein unbedingter Schutz ist. Denn die Tätigkeit während dieser Zeit könnte unter Umständen so gesteigert werden, daß die Leistungsfähigkeit des Arbeiters dennoch völlig ausgeschöpft würde und die Ruhezeit fast gänzlich zur Neugewinnung von Kräften aufgewendet werden müßte.

Wie stehen die Machtverhältnisse in diesem Kampfe? Offenichtlich zugunsten des Unternehmers. Denn dieser schöpft seinen Anspruch auf volle Verwertung der Arbeitskraft aus dem formalen Recht, das ihm zugehört, sein Eigentum beliebig auszunutzen. Der Arbeiter gründet aber seine Abwehr „nur“ auf die menschliche Forderung der Unverletzlichkeit seines Privatlebens, also auf eine Grundlage, die weder die kapitalistische Wirtschaft, noch der Rechtsstaat berücksichtigt. Und die gesellschaftliche Übermacht des Kapitalisten, die auf der Besitzlosigkeit des Arbeiters beruht, ist in diesem Kampfe besonders wirksam, weil die Auseinandersetzung nicht zwischen Organisation und Organisation, nicht zwischen Gewerkschaft und Unternehmerverband, sondern zwischen individuellem Arbeiter und individuellem Meister oder Unternehmer vor sich geht. Denn nur selten sind die Arbeitsverpflichtungen (und auch dann nur der Menge nach) in Kollektivverträgen niedergelegt, meist sind sie einseitig durch den Willen der Betriebsleitung vorgeschrie-

ben — besonders bei der Fließarbeit — oder dem persönlichen Einfluß des Abteilungsleiters überlassen. Wenn der Unternehmer nicht besondere umfangreiche technische und organisatorische Aufwendungen für die Intensivierung der Arbeit geschaffen hat (laufendes Band, Ausbau der planenden Vorarbeiten, gesteigerte Arbeitsstellung usw.), dann ist er also in der Lage, die Ergiebigkeit seines Betriebsstoffs Arbeitskraft ohne Kostenvermehrung wesentlich zu steigern. Tatsächlich gibt es genügend solche Möglichkeiten, den Ertrag wesentlich über den verhältnismäßigen Aufwand zu steigern, z. B. durch das Akkordsystem. Bei diesem darf die Verbindung von Lohn und Leistung nicht darüber täuschen, daß der Mehrertrag des Unternehmers den Mehrerwerb des Arbeiters bedeutend übersteigt. Nur dieser Unterschied im Mehrertrag ist es ja schließlich, der zur Einführung dieses Lohnsystems anregt.

Wir erkennen die besondere Stellung der Arbeitskraft also in den folgenden Umständen: Es fehlt ein Maßstab für die zutreffende Verwertung der Arbeitskraft. Weil der Betriebsstoff Arbeitskraft kein Ding, sondern eine Tätigkeit ist, berührt der Kampf um die Bestimmung des Maßes nicht nur das Betriebsmittel selbst, sondern zugleich seine Grundlage: das Arbeitsvermögen und das Eigenleben des Menschen selbst. Da der Unternehmer in diesem Kampfe der stärkere ist, kann er durch eine Intensivierung der Arbeit die Beanspruchung der menschlichen Arbeitskraft so steigern, daß die Wirkung weit über das Zeitmaß hinausgeht, in das Leben des Arbeiters selbst. Also ist die Arbeitskraft ein Betriebsstoff, dessen Ausnützung nicht durch einen real meßbaren Inhalt, sondern durch das Nichtverhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer begrenzt wird.

sozusagen aus dem Nichts entstanden sind. Das genossenschaftliche Betriebskapital wird ja jahungsgemäß aus den Einzahlungen auf Geschäftsanteil gebildet, der fast allgemein nur 30 M. pro Mitglied beträgt, allerdings bei einer beträchtlichen Anzahl von Konsumgenossenschaften auch schon bis zu 50 M. erhöht wurde. Aber diese Einzahlungen auf Geschäftsanteil kamen vor dem Kriege nur in seltenen Fällen aus dem Geldbeutel des Mitgliedes; sie wurden von der Rückvergütung auf den Warenumsatz des Geschäftsanteils „gutgeschrieben“. Wie es auch heute noch ist. So wurde im Laufe der Zeit das genossenschaftliche Betriebskapital aus den Ersparnissen der Rückvergütung gebildet, und die rund 60 Millionen Mark betragenden Geschäftsanteile der deutschen Konsumgenossenschaften stellen so nur einen sichtbaren finanziellen Nebeneffekt der genossenschaftlich organisierten und konzentrierten Kaufkraft dar. Gleichgültig aber wurden auch offene Reserven aus den Überschüssen der Unternehmungen in Höhe von rund 50 Millionen Mark gebildet, während die sogenannten stillen Reserven durch starke Abschreibungen an Liegenschaften, Maschinen, Waren usw. das Mehrfache der offenen Reserven betragen. Man darf das so aus dem Nichts gewordene eigene Betriebskapital der deutschen Konsumgenossenschaften auf mindestens 500 Millionen Mark veranschlagen, woneben noch die Rückvergütung der Mitglieder in den letzten zwanzig Jahren mit einer Milliarde Mark nicht zu hoch gegriffen ist.

Es sind also die konsumgenossenschaftlichen Unternehmungen Deutschlands zunächst nur aus der Idee der genossenschaftlich konzentrierten Kaufkraft emporgewachsen, um im Lauf von zwei bis drei Jahrzehnten der Volkswirtschaft nicht weniger als 1½ Milliarden Mark ersparte Werte zuzuführen. Und all die Warenhäuser, Produktivbetriebe und Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften in Deutschland, die heute Milliardenwerte vermitteln, sind aus dem Nichts gewordene tragende Zeugen vorbildlicher Leistungen der genossenschaftlichen Wirtschaftskraft.

Dieser Eindruck vertiefte sich bei der kurzen Betrachtung einiger Betriebszweige der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg, welche den Zentralpunkt der konsumgenossenschaftlichen Warenversorgung und Eigenproduktion bildet.

Da wird beispielsweise berichtet, daß die Molkereikommandite Hoyer & Laas im württembergischen Altdorf, welcher die Großverkaufsgesellschaft angehört, mit 44 Genereien einen Monatsumsatz von 10 000 Zentnern Butter und Käse erzielt, den die Großverkaufsgesellschaft zu drei Vierteln im Werte von rund 800 000 M. (pro Monat!) aufnimmt. Von ihrer Stenderlei Gemüse- und Obstkonserverfabrik wurden 3,7 Millionen Kilogramm Konserven mit einem Werte von 4 Millionen Mark „umgeschlagen“, und die Textilbetriebe entwickeln sich so, daß im sächsischen Oppach eine neue Weberei mit 400 Webstühlen errichtet werden muß. Die Seifenfabriken produzieren in einem Jahre für über 10 Millionen Mark Werte, und ihre Fleischfabriken rechnen schon mit 15 Millionen Mark Jahresumsatz. Aber die Entwicklung steht nicht still. Schon werden von der Geschäftsleitung für 26 Millionen Mark neue notwendige Projekte angekündigt bzw. ausgeführt. Daneben her nimmt man ein Aktienpaket „Säuerkonzern“ mit 500 000 M. auf — und all dies geht mit einer Selbstverständlichkeit vor sich, die vollkommen übersehen läßt, daß diese ganze großzügig entwickelte Genossenschaftswirtschaft aus genossenschaftlichen Spargroschen stammt, die zum vollwirtschaftlichen Betriebskapital für Milliardenwerte geworden sind.

In dieser Entwicklung dokumentiert sich ein unbestreitbarer und stetig wachsender Fortschritt in der Richtung gemeinwirtschaftlicher Produktion und Warenverteilung aus eigener Kraft der Arbeiterkraft. ff.

Wenden wir uns nun noch einer Betrachtung der Preisgestaltung zu, so sehen wir zunächst eine Abereinflimmung mit andern Waren darin, daß der Lohn abhängig ist vom Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage. Aber die Rückwirkung dieses Verhältnisses ist bei der Arbeitskraft doch eine andre. Normalerweise ist es so, daß bei Preisentzungen, die durch Überangebot entstanden sind, die Beschädigung des Marktes mit der betreffenden Ware so lange nachläßt, bis der Preis sich wieder erhöht hat. Also wirkt auch der Preis zu rü k auf das Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Wie wirkt aber eine Lohnsenkung auf das Angebot von Arbeitskräften? Genau entgegengesetzt, denn sinkender Lohn bedeutet stets, daß andre Familienmitglieder mit in die Arbeit treten müssen (Frauenarbeit). Dagegen ist noch nie die Nachfrage der Arbeitskraft größer als das Angebot gewesen, denn ein völliger Arbeitermangel war noch nie zu beobachten, höchstens in einzelnen Spezialberufen. Selbst die Hochkonjunktur von 1927 hat eine halbe Million Erwerbsloser übrig gelassen. Wir können daraus schließen, was wir aus Erfahrung bereits wissen, daß der Arbeitsmarkt unter einem ständigen Überangebot von Arbeitskräften steht, oder, mit Rücksicht auf den Preis gesprochen, daß der Lohn im kapitalistischen System immer unter jener Höhe steht, die er bei einem Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage haben müßte. Denn die Produktion von Arbeitern — ihre körperliche Geburt — regelt sich nicht nach dem Preisstand der Arbeitskraft, sondern nach außerwirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Wir können auch nicht annehmen, daß das Lassallesche „eherne Lohngesetz“ gültig ist, das behauptet, die Geburtenzahl erhöhe sich automatisch mit dem Steigen des Lohnes.

Korrespondenzen

Bayreuth. Unsere Generalversammlung fand am 12. Januar statt. Es wurde die alte Vorstandsfahrt wiedergewählt. Die Mitgliederzahl beträgt 76; die Zahl der Lehrlinge 17. Eingetretener Umstände halber wurde als zukünftiges Versammlungstotal das Restaurant Gubitz, Schulstraße, gewählt.

Heutigen (Oberh.) In unserer Generalversammlung am 13. Januar widmete stellvertretender Vorsitzender M i e r u unserm verstorbenen Verbandsvorsitzenden Joseph Seih einen ehrenden Nachruf. Als Gäste begrüßte er die Vorsitzenden der beiden Drüsereine Kollegen Kramer (Geisweil) und Kollegen J o s h (Sindenburg), die der Bezirksvorstandswahl statutenmäßig beiwohnten. Weiter erbatete der Gesamtvorstand seine Jahresberichte. Zu erwähnen wäre, daß unser Ort durch Fusion eines Zeitungsunternehmens immer noch eine größere Arbeitslosenliste aufzuweisen hat. Unsere Kasienverhältnisse befinden sich auf gesunder Grundlage und können als gut bezeichnet werden. Der Mitgliederbestand betrug am Ende des Jahres 87. Der Lehrlingsabteilung sind 25 Lehrlinge angeschlossen. Aus der Vorstandswahl gingen u. a. die Kollegen K l e i s h als Vorsitzender und P r e n z e l als Kassierer hervor. Den Witwen, dem Invaliden und den Arbeitslosen wurden Weihnachtsgeldbeträge in Höhe von 20, 10 und 5 M. gewährt. Unter „Berichtedem“ verweist der Vorstand nochmals auf die letzten Rechtsberatung, von der die Kollegen ausgiebigen Gebrauch machen möchten. Sprechstunden finden Montags und Donnerstags in der Zeit von 8 bis 7 Uhr im „Volks-haus“ (Moltkeplatz) statt.

Biberach-Niß (Wittg.) Unsere Generalversammlung fand am 11. Januar statt. Eingangs gedachte Vorsitzender B o d e des rachen Ablebens unseres ersten Verbandsvorsitzenden Kollegen Seih. Die Versammlung ehrte sein Andenken in üblicher Weise. Sodann erbatete der Vorsitzende den Jahresbericht. Der Punkt „Neuwahlen“ brachte eine Änderung, indem der jetzige Vorsitzende sein Amt niederlegte. Aus der hierdurch notwendig gewordenen Wahl ging Kollege K r o n e r mit Stimmenmehrheit hervor. Bei den andern Posten trat keine Änderung ein. Unser Ortsverein kann dieses Jahr sein 25jähriges Bestehen feiern.

b. Braunshweig. Unsere Versammlung am 11. Januar hatte einen leidlichen Besuch aufzuweisen. Zunächst wurde das Andenken unseres großen Losen Joseph Seih sowie unser verstorbenen Kollegen Saling und Stiener durch Erheben von den Sihen geehrt. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles erbatete Kollege E r d e l den Jahresbericht vom Gewerkschaftsamt, woran sich die Neuwahl der Vertreter zum Kartell angeschlossen; man wählte die bisherigen Vertreter wieder. Hierauf gab Vorsitzender K e u f e r den Bericht von der letzten Gau- bzw. Bezirksvorsteherkonferenz, der eine rege Aussprache zeitigte. Unter „Berichtedem“ wurde angeregt, eine Handwerkerpartei ins Leben zu rufen. Die Meinungen hierüber waren sehr geteilt.

Dresden. In unserer Versammlung am 9. Januar widmete Vorsitzender S a h l m a n n vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung unserm verstorbenen Verbandsvorsitzenden, Kollegen Seih, einen ehrenden Nachruf. Sodann wurde vom Kollegen S a h l m a n n der Bericht über die Gauvorsteherkonferenz gegeben. Gaukassierer S c h r ö d e r, der ebenfalls von der Gauvorsteherkonferenz beigewohnt hatte, erläuterte die dort gefaßten Beschlüsse im Unterstühungswesen. Er legte die Gründe dar, die den Verbandsvorstand und auch die Konferenz bewegen haben, die im „Korr.“ veröffentlichen Unterstützungsfälle dem in diesem Jahre stattfindenden Verbandstage zu empfehlen. Nur ein Kollege ergriff zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort. Über die Tätigkeit im Ortsamt im vergangnen Jahre berichtete Kollege B a u m e i s t e r. Ergänzt wurde dieser Bericht durch Kollegen S c h r ö d e r, der die Notwendigkeit eines Erweiterungsbau des Dresdner Volkshauses der Versammlung vor Augen führte. Weiter schilderte er die Schwierigkeiten bei Unterbringung der Mieter, die zum Teil übermuden, zum großen Teile aber noch vorhanden seien. Nach einigen

Mitteilungen über örtliche und tarifliche Angelegenheiten fand die gutbesuchte Versammlung ihr Ende.

Duisburg. (Maschinenleger.) Unsere Bezirksvereinigung hielt am 13. Januar hier ihre gutbesuchte Generalversammlung ab. Vorsitzender Konrad Zimmermann begrüßte die Kollegen und gedachte des Ablebens unseres Verbandsvorsitzenden, des Kollegen Seih. Sehn Jahre lang habe der Verstorbene die Geschäfte unseres Verbandes zur allgemeinen Zufriedenheit geführt, und gerade die letzten Jahre hätten große Anforderungen an unsere Führer gestellt. Kollege Seih habe es verstanden, trotz der großen Schwierigkeiten im Wirtschaftslieben, das Verbandsamt glücklich durch die Krisenjahre zu führen. Der Vorsitzende ermahnte die Mitglieder, im Geiste des Verstorbenen weiter zu arbeiten. Die Versammlung erhob sich zu Ehren des Verstorbenen von den Sihen. Unter „Geschäftlichem“ erwähnte der Vorsitzende die Mitteilungen der Zentralkommission, worin auf Veranlassung der Kriegsbefähigten Kollegen und des Reichsbundes der Kriegsbefähigten der Leiter der Sejmatischen Abteilung der „Kölnischen Zeitung“, Herr Wundhammer, sich eingehend mit der Frage beschäftigt: „Ist der Maschinenleger als ein klassifizierter oder als ein hochklassifizierter Arbeiter anzusprechen?“ Da der Artikel größeren Umfangs ist, wurde beantragt, die interessanten Ausführungen in den Technischen Mitteilungen zu veröffentlichen, um sie allen Kollegen zugänglich zu machen. Hierauf erbatete Kollege Z i m m e r m a n n den Jahresbericht. Das Jahr 1928 wäre für den Bezirk Duisburg von besonderer Bedeutung gewesen, da in diesem Jahre das 25jährige Bestehen der Vereinigung gefeiert werden konnte. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Jahres 97. Nur sechs Kollegen stehen im Bezirk der Vereinigung noch fern. Mit dem vom Vorstand den Witwen unser verstorbenen Kollegen zu Weihnachten überwiesenen Geldbetrag war die Versammlung einverstanden. Der vom Kollegen D a n n h a u e r erbatete Kasienbericht wies vom Schluß des Jahres einen Bestand von 549,48 M. auf. Es wurde um pünktliche Beitragszustellung an den Kassierer ersucht. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Der Vorsitzende nahm hierauf in kurzen Worten die Ergrüßung der Jubilare vor und überreichte den Kollegen W i l h e l m D ü c k t i n g einen Korbseffel und Kollegen J e a n K i z ein Schreibezeug. Die Jubilare dankten hierauf für die Ergrüßung. Kollege H u b e r t B e d e r s widmete am Klavier den Jubilaren einige dem Tage entsprechende Musikstücke, die mit Beifall aufgenommen wurden. Zum Punkt 6: „Anträge zum Maschinenlegerkongreß und Wahl der Kandidaten“ wurde auf Vorhlag Kollege Zimmermann einstimmig als Kandidat aufgestellt. Ein zum Maschinenlegerkongreß zu stellender Antrag fand einstimmige Annahme. Unter „Berichtedem“ hat Kollege K i p t e n in Zukunft im eignen Interesse den Vorträgen des Bildungsverbandes beizuwohnen. Nachdem noch auf die Versammlung der Gauvereinigung am 17. Februar in Krefeld aufmerksam gemacht und um zahlreiche Befestigung gebeten worden war, fand die Versammlung ihr Ende. — Zur Ergrüßung der Jubilare blieben die Kollegen noch einige Stunden in Gemütlichkeit zusammen.

Eberfeld. Am 12. Januar fand unsere Hauptversammlung statt, die gut besucht war. Vorsitzender S h i begrüßte die Erschienenen, insbesondere unsern Bezirksvorsitzenden Kollegen Bokant (Darmstadt). Sodann gab er den Jahresbericht bekannt, der allgemein anerkannt wurde. Hierauf hielt Kollege B o k a n t ein Referat über „Unsre Tarifverhandlungen“, das sehr belehrend und aufklärend wirkte. In der darauffolgenden Diskussion wurde allgemein bebauert, daß der Manteltarif nicht gekündigt wurde, da dieser noch sehr große Mängel für die Gehilfenkraft aufweist. Die Kündigung des Lohn tariffs wurde von allen Anwesenden gefordert, um das im vergangenen Jahre uns vorzuenthalten Recht wieder gut zu machen. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde der jetzige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Einige interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

Göppingen a. N. Unsere Generalversammlung vom 14. Januar wies einen verhältnismäßig guten Besuch auf. Vorsitzender G u t e k u n t widmete unserm leider zu früh verstorbenen Verbandsführer Joseph Seih warme

Diese Geburtensteigerung bedeute dann Überangebot von Arbeitskräften, also erneute Lohnsenkung, so daß die Höhe des Lohnes auf die Dauer nie wesentlich von einem mittleren „ehernen“ Punkte abweiche. Wir wissen im Gegenteil, daß die künstliche Geburtenverhinderung in den einzelnen Gesellschaftsklassen mit der Höhe des Wohlstandes zunimmt, daß sie um so geringer ist, je größer die Armut. Aber selbst wenn es wahr wäre, daß die Wohlstandssteigerung zur Geburtenvermehrung anregt, dann bliebe doch der Arbeitsmarkt von einer solchen Bevölkerungszunahme lange Zeit — 14 bis 18 Jahre — unberührt, denn so lange dauert die „Aufzucht“ der neuen Generation bis zur Arbeitsreife. Die Bewegungen der Wirtschaft im allgemeinen wie der Arbeitskraft im besondern vollziehen sich aber in viel kürzeren Rhythmen. Deren sofortiger Ausgleich durch Geburtenvermehrung ist ebensowenig denkbar wie eine Verminderung des Angebots durch ein sofortiges Wegsterben der überzähligen Arbeitskräfte.

Die Arbeitskraft ähnet damit dem „natürlichen Vorkommen“ der Bodenschätze, bei denen der Preis ebenfalls nicht die Menge der v o r h a n d e n e n Waren, sondern nur die Menge des A n g e b o t s beeinflusst. Aber die Arbeitskraft kann nicht ebenso wie die Bodenschätze willkürlich lange vom Markte zurückgehalten werden. Eine solche Zurückhaltung ist die Aufgabe des Streits. Dieser aber ist ein Kampfmittel, das in jedem Falle dem Arbeiter selbst mehr oder weniger Schäden zufügt und nicht auf die Dauer angewendet werden kann. Es gibt keine Möglichkeit, das Angebot der Arbeitskraft so zu verkürzen, daß sich die Marktlage auf die Dauer zu ihren Gunsten wendet. Weit entfernt davon, der Arbeitskraft die gleichen Marktbedingungen zu

gewähren, trägt die kapitalistische Wirtschaft vielmehr dazu bei, ihre Stellung dauernd zu verschlechtern. Sie fügt zu der biologischen, der natürlichen Geburt des Arbeiters noch eine andre, nämlich wirtschaftliche Geburtenquelle für Arbeiterexistenzen, das ist die Proletarisierung bisheriger Selbständiger. Denn noch immer treten ehemalige Kleinunternehmer, die unter der Wucht der großkapitalistischen Konkurrenz zusammengebrochen sind, in die Reihen der Arbeitskraftverfäuser ein und vermehren deren Angebot.

Wenn wir feststellen, daß Beschaffung, Bewertung und Preisgestaltung der Arbeitskraft sich wesentlich von denen der übrigen Betriebsstoffe unterscheiden, so müssen wir zugleich erkennen, daß diese Unterschiede nicht irgendwelcher Art sind, sondern daß sie das Schicksal der Arbeitskraft aus der privatwirtschaftlichen Sphäre herausheben und der Bestimmung volkswirtschaftlicher, gesellschaftlicher Kräfte unterwerfen, dem Kräfteverhältnis von Kapital und Arbeit im ganzen. Das heißt aber, daß der Einfluß der Gewerkschaften auf die Preisgestaltung der Arbeitskraft nicht nur menschlich, gerechtfertigt ist, sondern ganz im Sinne des kapitalistischen Gesellschafts begründet liegt. Die Gewerkschaften schieben sich nicht als Störenfriede in die Regelung privater Beziehungen ein, sie vertreten nicht einzelne Arbeiter gegenüber einzelnen Unternehmern, sondern eine Gesellschaftsmacht (Arbeitskraft) gegenüber einer andern (Kapital). Daß die Gegenüberstellung dieser beiden Mächte gewöhnlich nicht anerkannt wird, kommt nur daher, daß ihre Macht sich auf verschiedenen Grundlagen aufbaut, dort auf dem B e i s i und hier auf der O r g a n i s a t i o n.

Leipzig.

Otto Uhlig.

Worte des Gedankens. Die Verjammung ehrte das Andenken dieses vortrefflichen Führers durch Erheben von den Sigen. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Leider hat sich die Arbeitslosigkeit im letzten Quartal des Jahres verschlechtert. Kassierer Wolf angele gab den Jahresbericht, betonend, daß die Ortsliste von Durchreisenden stark in Anspruch genommen wurde, im allgemeinen konnte aber der Stand der Kasse betrieblich. Anschließend berichtete Lehrstabsleiter Spieck über die Tätigkeit in der Lehrstabsabteilung, 22 Lehrlinge sind ihr angeschlossen, denen in Ausflügen und Vorträgen gebient wurde. Durch einstimmige Wiederwahl fast des gesamten Vorstandes fand der Punkt „Neuwahlen“ rasche Erledigung. Hierauf wurden die Berichte aus den Betrieben entgegengenommen. Daraus war zu ersehen, daß die tariflichen Verhältnisse in Ordnung sind. Die Zusammenarbeit mit dem Bildungsverband nach als außerordentlich gut bezeichnet werden. Auch in diesem Jahr veranstaltete die Bildergilde einen Werbenortrag mit Ausstellung; 128 Mitglieder kann sie hier verzeichnen. Ein erfreulicher Erfolg die Entschädigung der Funktionäre fand nach früherer Gepflogenheit eine Erledigung. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde ein Antrag angenommen, der den Vorstand beauftragt, beim Gauvorstand den Antrag auf Ausstellung eines Kandidaten aus den Reihen des Ortsvereins zur Verbandsgeneralversammlung einzubringen. Des weiteren fanden noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung. Mit einem lebhaften Appell an die Verjammung, auch im neuen Jahre ihr Interesse am Verjammungs- und Verbandsleben zu beweisen, konnte der Vorsitzende die gutverlaufene Verjammung schließen.

Königsberg. Ihre erste Verjammung im neuen Jahre hatte einen guten Besuch zu verzeichnen. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende unserm verstorbenen ersten Führer, Kollegen Seif, sowie dem gleichfalls ganz unerwartet verstorbenen Gauvorsstandsmitglied, Kollegen Paul Tietze, einen Nachruf. In ihrem Geiste weiter in der Organisation zu arbeiten, sei das beste Gebot für die Vertriebenen. Beim ersten Punkt brachte mehrere wichtige Ereignisse lokaler Art, darunter die schlechte Finanzlage der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse, eine lebhafte Debatte. Hierauf gab unser Gaukassierer Krause einen Bericht von der Gauvorssteherkonferenz. In gut verständlicher Weise ging er auf sämtliche dort verhandelten Punkte ein und fand eine aufmerksame Hörschaft. In der Diskussion über diesen Punkt brachten mehrere Redner ihre Unzufriedenheit über die Nichtinbringung des Mantelartikels zum Ausdruck und stellten einen Antrag nach dieser Richtung hin, der aber abgelehnt wurde. Ein weiterer Antrag betreffs der Lohnverhandlungen fand einstimmige Annahme.

Biegnitz. Ihre Generalversammlung am 12. Januar war außerordentlich gut besucht, denn nicht weniger als 144 Kollegen waren anwesend. Nachdem der Vorsitzende Emil Scholz die Verjammung mit den besten Wünschen für das neue Jahr eröffnet hatte, brachte er eine Fülle von Eingängen zur Kenntnis. In seinem Geschäftsbericht hielt der Vorsitzende Rückblick auf das vergangene Jahr und wies auf die kommenden Ereignisse auf tariflichem und organisatorischem Gebiete hin. Hierauf schloß sich der Bericht des Lehrstabsleiters Bruno Schneider über die Tätigkeit der Lehrstabsabteilung. Darauf wurde zur Vorstandswahl geschritten. Die Wahl des ersten Vorsitzenden, die laut Statut durch Stimmzettel zu erfolgen hat, ergab die Wiederwahl des Kollegen E. Scholz mit 124 von 138 abgegebenen Stimmen. Der übrige Gesamtvorstand wurde durch Zufall wiedergewählt. Es folgte die Festsetzung der Beiträge und der Entschädigungen für Vorstand, Kartelldelegierte sowie der Unterstützungen für Arbeitslose und Durchreisende. Bei den vom Verbandsvorstande ausgearbeiteten Richtlinien zur Neuordnung der Unterstützungsweize durch den Verbandstag, nahm sich die Verjammung besonders der Invalidenunterstützung an. Die benötigte Schaffung neuer Sätze über 2000 Wochenbeiträge hinaus wurde nicht gutgeheißen, denn die gegenwärtige Generation untrer Kollegen habe durch Krieg und Inflation solche Einbuße an Beiträgen erlitten, daß sie nie in der Lage sein wird, diese hohen Sätze zu erzielen. Daher sei es angebracht, die Höchstgrenze auf 1500 Beiträge mit 3 M. täglicher Unterstützung festzusetzen und dafür den Verbandsbeitrag stark 30 um 50 Pf. zu erhöhen. Die Umzugsbeiträge mußte erhöht werden, denn die Umzugskosten haben sich bedeutend gesteigert. Es folgte noch die Regelung einiger dringlicher Angelegenheiten.

Birmans. Ihre Generalversammlung am 13. Januar war auch von Mitgliedern aus Koblenz und Waldsloh besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende Zehetner dem verstorbenen Verbandsvorsitzenden, Kollegen Seif, einen ehrenden Nachruf, dessen Verdienste um die Organisation besonders hervorhebend; die Verjammung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sigen. In einem kurzen, sachlichen Jahresbericht wies der Vorsitzende auf die geradezu katastrophale Krise hin, die bereits über ein Jahr die deutsche Schuhmetropole beherrscht. Da infolge der einseitigen Industrie alle andern hiesigen Gewerbe von dem Mißgehen und Gebelien der Schuhindustrie mehr oder weniger abhängig sind, wurden auch die hiesigen Druckereien stark in Mitleidenschaft gezogen. Dies hatte zur Folge, daß in den kleineren Druckereien teilweise Kurzarbeit eingeführt und auch sonst das Personal auf das unbedingt benötigte beschränkt wurde. Leider seien die dem Buchdruckgewerbe angehörenden Arbeiter bis jetzt noch nicht zur Krisenfurtsorge zugelassen, wie dies bei fast allen andern hiesigen Arbeitergruppen der Fall sei. Das treffe daher die arbeitslosen Kollegen besonders hart. Weiter sei festzustellen, daß die Lehrstabsliste verhältnismäßig überhöht wurde, und zwar auch von solchen Betrieben, die am wenigsten die Gewähr für eine sachgemäße Ausbildung bieten. Anschließend erstattete der Kassierer den Jahresbericht sowie der Leiter der Lehrstabsabteilung den Jahresbericht über die letztere. Nach einer anregenden Diskussion über die zur Debatte gestellten Berichte wurde der leitender tätige Gesamtvorstand per Affirmation einstimmig wiedergewählt, desgleichen der Leiter der Lehrstabsabteilung. Als Kandidaten zum Gau tag wurde Kol-

lege Zehetner sowie Bezirksvorsitzender May nominiert. Zugelassen wurde noch ein Vorschlag der Vorstandschaft, in nächster Zeit einen der vom Bildungsverband angebotenen Filme mit Vortrag den Kollegen vorzuführen.

Schwabmünd. Ihre Hauptversammlung am 12. Januar, war von 30 Mitgliedern besucht. Nach Erhebung des verstorbenen Kollegen Seif gab der Vertrauensmann S. Wenzelburger den Tätigkeitsbericht. Im allgemeinen sind die tariflichen Verhältnisse gut. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 40 bei 14 Lehrlingen. 44 Durchreisende berühren unsern Ort. Die nächste Bezirksversammlung soll, wenn es möglich ist, am 17. Februar abgehalten werden. Den Jahresbericht gab Kassierer Frey. Der Stand der Kasse ist ein guter. Kollege Müng erstattete den Kartellbericht. Bei den Neuwahlen begründete der Vorsitzende seine Rücktrittsabsicht mit seinem hohen Alter und mit andern nebenberuflichen Arbeiten. Auf Zureden der Mitglieder nahm er das Amt noch auf ein Jahr an. Im übrigen wurden die „Alten“ wiedergewählt. — Die 30 Mitglieder zählende Ortsgruppe des Bildungsverbandes entwickelte durch Abhaltung von Vorträgen und Besichtigung technischer Betriebe rege Tätigkeit.

Sora (H.-L.). Ihre Hauptversammlung am 12. Januar, war von 30 Mitgliedern besucht. Nach Erhebung des verstorbenen Kollegen Seif gab der Vertrauensmann S. Wenzelburger den Tätigkeitsbericht. Im allgemeinen sind die tariflichen Verhältnisse gut. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 40 bei 14 Lehrlingen. 44 Durchreisende berühren unsern Ort. Die nächste Bezirksversammlung soll, wenn es möglich ist, am 17. Februar abgehalten werden. Den Jahresbericht gab Kassierer Frey. Der Stand der Kasse ist ein guter. Kollege Müng erstattete den Kartellbericht. Bei den Neuwahlen begründete der Vorsitzende seine Rücktrittsabsicht mit seinem hohen Alter und mit andern nebenberuflichen Arbeiten. Auf Zureden der Mitglieder nahm er das Amt noch auf ein Jahr an. Im übrigen wurden die „Alten“ wiedergewählt. — Die 30 Mitglieder zählende Ortsgruppe des Bildungsverbandes entwickelte durch Abhaltung von Vorträgen und Besichtigung technischer Betriebe rege Tätigkeit.

Willingen. Bei fast vollzähliger Anwesenheit der Mitglieder hielt der hiesige Ortsverein am 12. Januar seine Generalversammlung ab. Der gute Besuch war schon deshalb erhellend, weil verschiedene Feiernachtsveranstaltungen alljährlich um diese Zeit das Interesse insbesondere der jüngeren Kollegen auf andre Dinge lenkt. Vielleicht hat auch die Anwesenheit untrer Bezirksvorsitzenden Keibel (Lahr) zu dem guten Besuch beigetragen, der durch ein vorzügliches Referat über „Das Arbeitsrecht“ die Verjammung einleitete. Seine Ausführungen zeigten neben der rhetorisch guten Wiedergabe ein umfangreiches Wissen und einen gewaltigen Schatz an praktischen Erfahrungen, worauf es erfahrungsgemäß bei der Handhabung der Gesetze insbesondere ankommt. Unterstützt und ergänzt wurden seine Ausführungen durch den als Gast anwesenden Betriebsleiter Kollegen May (Schwemningen), ein früheres bekanntes Mitglied untrer Bezirks. Die interessantesten und besprechenden Referate, die zahlreiche illustrierte Beispiele aus der Praxis brachten, erstellten den verdienten Beifall. Die Neuwahlen brachten eine Änderung der gesamten Vorstandsliste. Der bisherige Vorsitzende Kollege Heppeler, der als Mitbegründer untrer Ortsvereins durch 31 Jahre dessen Geschicke lenkte, lehnte eine Wiederwahl ab. Für seine treue, mühsamer Führung während seiner langen Amtszeit dankte ihm Kollege Keibel den Dank des Bezirksvorstandes ab. Sein Nachfolger wurde der bisherige Schriftführer Kollege Keugart. Eine weitere schwere Amputation war die Amtsübertragung des uns des Wohlergehens des Vereins immer besorgten Kassierers, Kollegen Naas. Seine Abundung erfolgte aus persönlichen Gründen. Auch ihm widmete der Bezirksvorsitzende warme Worte des Dankes und der Anerkennung. Seine Geschäfte übernimmt der als früherer langjähriger Kassierer im Bezirk bestbekannte Kollege Streif. Beiden Kollegen, die aus wohlwollenden Gründen glauben eine Wiederwahl ablehnen zu müssen, sei auch an dieser Stelle nochmals der Dank für alle Opfer und Mühen zum Ausdruck gebracht. Des weiteren erstatteten Berichte der Lehrstabsleiter und der Bibliothekar. Wenn insbesondere dem letzteren an dieser Stelle der Dank ausgesprochen wird, so deshalb, weil die Sorge eines solchen Postens um den so notwendigen guten Bestand einer alles Wissenswerte umfassenden Bibliothek oft verkannt oder zum mindesten nicht genügend gewürdigt wird. Den Rest der Tagesordnung bildeten tarifliche und gewerkschaftliche Tagesfragen sowie Anträge zur nächsten Bezirksversammlung.

Allgemeine Rundschau

Eine interessante Statistik. Über die Zahl von Doktorarbeiten in Deutschland von 1885 bis 1926 enthält eine Festschrift für den Direktor der Preussischen Staatsbibliothek Kuhnert allgemeininteressierende Angaben. Ingesamt wurden in den Jahren von 1885 bis 1926 165 570 Doktorarbeiten verzeichnet, davon 62 314 medizinische, 53 048 philologische, 34 799 juristische, 1220 theologische und an den seit 1913 berüchtigteten Technischen Hochschulen 3556. Die Zahl der Dissertationen ist ständig gestiegen und hat sich in der Nachkriegszeit zu einer wahren Hochflut entwickelt. Im 19. Jahrhundert wurde die Jahreszahl von 1500 Doktorarbeiten, die 1885 verzeichnet wurden, nur langsam und allmählich überschritten. Während des Krieges trat ein Rückgang ein, aber nach dem Kriege schied die Zahl der Dissertationen an und stieg 1923 bis zur Rekordziffer von 11 441 Doktorarbeiten in einem Jahre. Jeßing, eine „Novität“. Kürzlich las ich irgenwo — so schreibt uns ein alter Berliner Kollege — daß ein Proß sich mit alten Bildern, Wöbeln und sogar Büchern umgab,

ohne vom Inhalt der letzteren oder vom Werte der ersteren eine Ahnung zu haben. Aber es war ihm ein Genuß, Jedem Besucher diesen Besitz zu zeigen und die Opfer zu ermahnen, die er dafür gebracht. Einmal hatte er sich eine der siebenbändigen ersten Gesamtausgaben der Schatensprecher Werke angeeignet; er war zwar sehr ungehalten über das vergrößerte Papier seiner alten Schmöfer, aber er verstaute nicht, hinzuzufügen, daß diese Schatensprecher-Ausgabe garantiert zweitausend Jahre alt sei. Dieser kleine Artikel und die zahlreichen Aufsätze über Jeßing anlässlich seines 200. Geburtstages erinnerten mich an die Frage eines Buchhändlers in Hamburg vor etwa 35 Jahren. Ich betrat damals ganz arglos einen Buchladen am Neuen Wall in der Stadt an der Waterkant und forderte Lessings „Samtburgische Dramaturgie“ (aus den Jahren 1788—99). Da überumpelte mich der bedienende Herr mit der Frage: „Ist das eine Novität?“

Weitere Aufsätze der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine. Am 2. Januar d. J. konnte, wie wir berichteten, die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken. Im Jahre 1928 stieg ihr Gesamtumsatz von 12 953 367 M. auf 2 926 150 M. auf 15 879 517 M. Davon entfielen auf den Umsatz an Erzeugnissen der Drucker- und Papierwarenfabrik 11 640 621 M., ferner auf die Versicherungsabteilung 4 117 800 M. und schließlich auf das der betrieblichen Kraft- und Lichterzeugung dienende Elektrizitätswert 121 096 M. So ist auch der beträchtliche Aufstieg der Verlagsgesellschaft ein Zeichen der allgemeinen konsumgenossenschaftlichen Vorwärtswendung.

Rückgang der schäftlichen Presse. Ebenso wie in Deutschland die Stahlhebelblätter und die übrige nationalistische Presse in starkem Rückgang begriffen sind, sinken in Italien die Auflageziffern der schäftlichen Zeitungen. Besonders im verflochtenen Jahre war dies der Fall. Der „Messaggero“ druckte 1922 noch 150 000 Exemplare, heute 50 000. Das „Giornale d'Italia“ hatte eine Auflage von 500 000 Nummern, heute sind es nur noch 10 000; die Auflage des „Corriere della Sera“ ging von 700 000 Nummern vor dem schäftlichen Regime auf 300 000 im Jahre 1928 zurück. Für den offiziellen „Il Popolo d'Italia“ mußten die Abonnements sogar für obligatorisch erklärt werden, um die kleine Auflage aufrechterhalten zu können. Vor dem Marsch auf Rom verkauften 592 Zeitungsverkäufer in Rom täglich im Durchschnitt 400 000 der verschiedensten Zeitungen, heute werden durchschnittlich nur noch 140 000 Nummern am Tage verkauft.

20 000 Dollar für einen Gedichtband. Der höchste Preis, der bisher für die Erlausgabe eines Werkes der amerikanischen Literatur gezahlt worden ist, wurde für einen ungeschicklichen Gedichtband gegeben, für das erste Werk, das Edgar Allan Poe veröffentlichte und das den Titel „American and andre Gedichte“ führte. Das Buch, das eins von sechs bekannten Exemplaren dieser Ausgabe ist, erschien 1827 in Boston; es ist gut erhalten und brachte den Preis von 20 000 Dollar, den ein Sammler aus Indianapolis dem Bostoner Buchhändler Charles Goodspeed zahlte.

Literaturpreis für Negerdichtung. Zu Ehren Viktor Schoelchers, der für die Abschaffung der Sklaverei in den französischen Kolonien gekämpft hat, wurde in Paris ein „Prix Schoelcher“ gestiftet, der alljährlich in Höhe von 6000 Fr. für den besten negrophilen Roman verteilt wird.

Archiv als Papierquelle. Die „Papierkrise“ die jetzt in Rußland herrscht und bereits zur empfindlichen Einschränkung des Umfangs der Zeitungen geführt hat, soll jetzt durch eine Gewaltmaßregel gelöst werden. Wie Mosauer Blätter berichten, hat die Regierung angeordnet, daß aus allen Archiven der Haupt- und Provinzialstädte in Rußland große Mengen von gedruckten und beschrifteten Schriftstücken ausgenommen und in die Papierfabriken zur Weiterverarbeitung geschickt werden sollen. Die Archive sollen nur das Material zurückbehalten, das sich auf die revolutionäre Bewegung, die Geschichte der kommunistischen Partei, die Oktoberrevolution, den Bürgerkrieg, die Arbeit der Sowjetregierung und die Verhältnisse der Bauern und Arbeiter“ bezieht. Unersehbare geschichtliche Dokumente werden auf diese Weise verlorengehen, denn man will diese Papierquelle möglichst ausschöpfen und hofft, aus den Archiven von Moskau und Petersburg allein Hunderttausende von Tonnen Papier zu erhalten. Auch die Provinzarchive werden bedeutende Mengen liefern. Die Städte im nördlichen Kaukasus haben gebietet, daß sie aus ihren Archiven 5000 Tonnen Papier abgeben werden.

Beschäftigung des Kampfes in der Textilindustrie. Nachdem die Aussperrung von insgesamt 35 000 Textilarbeitern in der Gera-Gröizer Textilindustrie zur Laßake geworden ist, droht eine weitere Verschärfung des Kampfes durch die von den westschäftlichen Textilindustriellen beschlossene Stilllegung ihrer Betriebe. Danach sollen die schäftlich-tätigsten Ausstattungs- und Appreturanstalten für die Webindustrie, die Garnfabriken Glaucha und Meerane und mehrere Streckgarn- und Kammerzspinneereien in Chemnitz und Reichenbach i. B. infolge der produktionswirtschaftlichen Verbundendheit dieser Betriebe mit der Gera-Gröizer Textilindustrie zum Stillstand gelangen. Hiervon werden etwa 20 000 Arbeiter betroffen, so daß mit den 35 000 ausgesperrten Arbeitern der Gera-Gröizer Textilindustrie etwa 55 000 Textilarbeiter zum Stillstand gezwungen wären. Außerdem ist zu befürchten, daß diese Verschärfung des Arbeitskonfliktes in der schäftlich-tätigsten Textilindustrie zu bedeutenden Weiterungen innerhalb der deutschen Textilindustrie führen wird.

Die Erwerbslosenziffern im Januar. Die Zahl der Unterstügten in der Arbeitslosenversicherung belief sich am 15. Januar auf 2 029 000, gegen 1 702 000 am 31. Dezember 1928. Die Steigerung in diesen 14 Tagen betrug fast 327 000 Personen (19 Proz.), und zwar haben die männlichen Hauptunterstügten um 298 000 (21,4 Proz.), die weiblichen um 29 000 (9 Proz.) zugenommen. In diesen Ziffern sind die Hauptunterstügten in der Sonderfurtsorge bei beruflicher Arbeitslosigkeit mit enthalten. Im Bezug der Krisenunterstügung befanden sich am Berichtszeitpunkt rund 138 000 Hauptunterstügungsempfänger, das sind 11 000 (8,7 Proz.) mehr als am 31. Dezember 1928. Von der Zunahme entfielen rund 9000 Personen oder 8,4 Proz. auf männliche Unterstügte und 2000 oder 10 Proz. auf weibliche.

Gestorben

Dr. Berlin am 21. Dezember der Druckerinvalide Willi ... am 1. Januar der Seher Franz ...

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann 1191, 3141 bis 3145. ...

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Frank (Rauff). Die Reisekasse befindet sich nicht mehr in der Firma G. Hoene, sondern in der Stadtdruckerei. ...

Berufungsveränderungen

Kaufmann, Vorstands: Konrad Krieger, Triebförder Str. 9. ...

Stellstellen einleuben

Schleifer Einleubungsstellen für Januar 8. Februar. ...

Sur Aufnahme gemeldet

(Einleubungen innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse): ...

Briefkasten

Dr. in R.: Sehr dankbar für Übermittlung; damit kann ...

Anzeigenpreise: 15 Pf. die Nebenspalten ... Annehmenschluß: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer.

Anzeigen

Electric - die neue Erfindung! Ohne Anzahlung lange Garantie - Rate 75 Pfg. Prachtkatalog gratis u franco. HANS MUSKAT & Co. BERLIN S. DRINZENSTR. 98

Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe. Sonig billiger. Typographische. Für neue Seltensortenmaschine.

Sonig. Drei Dillsbücher. Wintelhafen. Karl Hoffe.

Karl Hoffe. Am 27. Januar verstarb ...

Wilmhelm Schaeffer. Nach über 25-jähriger Tätigkeit verstarb ...

Berein der Stereotypen und Galvanoplastiker Berlins u. Umgeg. Vereinsvermittlung.

Buchdruckmaschinenmeister. Kleinfertopf.

Mehr Gemüse. Metall-Rollergummi. Bertzengastten.

Karl Hoffe. Am 27. Januar verstarb ...

Karl Hoffe. Am 27. Januar verstarb ...

Neueste Raumton-Elektrik-Apparate. Ohne Anzahlung luxuskatalog 9 gratis - 40 Modelle längere Garantie.

MUSIK Instrumente. Der Buchdruckmeister.

Typographisches Drucker. Am 23. Januar verstarb ...

Am 23. Januar verstarb ...

Am 23. Januar verstarb ...

Sechster Mitteldeutscher Buchdrucker-Sängertag Pfingsten 1929 Halle a. d. S.

Verlag: Verbandsverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreibundstraße 5. ...